

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.  
Helleste Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk. ohne Postgebühren. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 2. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die jedesmaligen Bestimmungen, auch außerhalb des Bezirkes, im amtlichen Zeitungsblatt, die Stelle der Anzeigen und die Zahl der Zeilen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlags: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 175

Sonnabend den 29. Juli 1922

88. Jahrgang

## Freiwillige Feuerwehr Dippoldiswalde

Die für Sonnabend den 29. Juli angelegte Übung findet erst am

**Mittwoch den 2. August** statt!

**Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht. Das Kommando.**

### Vertilgtes und Sächsisches

**Dippoldiswalde.** Am Dienstag nachmittag wurde in den Diensträumen der Amtshauptmannschaft eine von der Beamtenschaft gestiftete Gedenktafel für ihre im Weltkriege gebliebenen Mitarbeiter und zwar der Herren Assistent Max Mehlhorn, Expedient Alfred Mühe und Diakon Gerhard Griebach mit einer entsprechenden Ansprache des Herrn Amtshauptmanns v. d. Planitz in Gegenwart der Beamtenschaft und von Angehörigen der Gefallenen feierlich enthüllt.

Morgen Sonnabend abend 1/2 9 Uhr findet im Fremdenhof „Stadt Dresden“ eine Versammlung des Erzgebirgs-Bereins statt, in welcher über Fortbestehen oder Auflösung des Vereins beschloffen werden soll. Ein lebhafter Besuch der Mitglieder ist sehr erwünscht.

Einer Artikelreihe in der „Sächsischen Staatszeitung“ über „Der gegenwärtige Stand des Mädchenberufsschulwesens im Freistaate Sachsen“ ist kurz zu entnehmen, daß im Schulaufsichtsbereich Dippoldiswalde in 18 Schulorten Nähmaschinen zur Verfügung stehen und in 6 Schulorten Schulküchen in Betrieb sind.

**Wichtige Regeln für Pilzsucher.** 1. Nimm nur die Pilze, die du genau kennst! 2. Sammle im Anfang in Gesellschaft eines Pilzkenner und nur wenige Sorten; gehe allmählich zu neuen Arten über! 3. Muß du allein sammeln, so laß die geernteten Pilze vor dem Genuss von einem Kenner durchsehen! 4. Sammle nur junge, feste Pilze und laß die alten, schwammigen stehen! 5. Bereite die Pilze frisch zu und is sie frisch! Ein großer Teil der Vergiftungen ist auf zu langes und ungewöhnliches Aufbewahren zurückzuführen! 6. Koche sie nicht zu lange, damit das darin enthaltene Eiweiß nicht durch Verhärtung unverdaulich wird, und laue sie gut! 7. Lerne die giftigen Pilze kennen wie die giftigen Früchte anderer Pflanzen; es gibt kein allgemeines Erkennungszeichen! 8. Sei besonders vorsichtig bei ganz jungen, unentwickelten Pilzen!

**Der Kraftwagenverkehr an Sonntagen.** Die für die Regelung des Kraftwagenverkehrs zuständigen Polizeibehörden sind in den letzten Wochen durch verschiedene Verordnungen des Ministeriums des Innern angewiesen worden, alle die Wege, die Sonntags dem Ausflugsverkehr des Spaziergängers dienen, für den Kraftwagenverkehr zu sperren, und zwar nachmittags von 2 bis 8 Uhr. Außerdem sollen in dieser Zeit Kraftwagen in größeren Städten und deren Umgebung gehalten sein, nur mit einer Stundengeschwindigkeit bis zu 25 Kilometern zu fahren. Es wird schwer sein, die richtigen Straßen herauszufinden, die für den Durchgang entbehrlich sind. Es wird Härten dabei geben, die schwer auszugleichen sind. Es soll jedoch im Lande nach einheitlichen Richtlinien vorgegangen werden, deshalb hat das Ministerium des Innern die beteiligten Polizeibehörden, alle Staatsbehörden, die sich mit Kraftwagenbetrieb beschäftigen, sowie Sachverständige und andere Interessenten zu einer gemeinsamen Besprechung im Ministerium eingeladen, die Ende nächster Woche stattfinden wird. Die Reichsregierung hat keine Neigung, diese schwierige Frage von reichswegen zu regeln, und der Reichsverkehrsminister hat bereits im Reichstag ausführlich auf die einem Sonntagsverbot von Kraftfahrzeugen entgegenstehenden Bedenken hingewiesen.

Die außerordentliche Steigerung der Ausgaben für den staatlichen Kraftwagenbetrieb erfordert namhafte Zuschüsse des Staates und der an den Kraftwagenlinien beteiligten Gemeinden. Wenn derartige Zuschüsse, so bedauerlich sie an sich sind, bei solchen, die fast ausschließlich dem inländischen Verkehr dienen, mit Rücksicht auf den volkswirtschaftlichen Nutzen vertretbar sind, so sind sie keinesfalls bei jenen zu rechtfertigen, die zum großen Teil von ausländischen Fahrgästen benutzt werden. In unserer Gegend kommt da die Linie Ripsdorf—Zinnwald in Betracht. Vom 1. August ab wird hier von tschecho-slowakischen Fahrgästen das Fahrgeld, sowie die Gepäck- und Gepreßgutsfracht in tschechischen Kronen erhoben. Für reichsdeutsche Reisende ändert sich an den bisherigen Tarifen nichts. Nur haben sich reichsdeutsche, welche die genannte Linie benutzen, als Inländer auszuweisen, wobei jeder Ausweis zulässig ist, aus dem die deutsche Staatsangehörigkeit ersichtlich ist. Die Kraftwagenfahrer sind angewiesen, den inländischen Fahrgästen beim Nachweis ihrer Reichsangehörigkeit in weitestgehendem Maße entgegenzu-

kommen, und es darf erwartet werden, daß die deutschen Reisenden die kleine Unbequemlichkeit im Interesse der Rentabilität des Kraftwagenunternehmens gern in Kauf nehmen.

Zur Festnahme der Räuber Becker und Steinert und deren Helfershelfer wird uns anderweit noch folgendes ergänzend mitgeteilt: Der Raubüberfall in Niedergorbitz, der am Sonntag in der zweiten Morgenstunde in der Beerenweinschänke zur Ausführung gebracht worden ist, und bei dem über 10 000 M. Bargeld erbeutet worden sind, stellt sich jetzt als ein ganz gemeingefährliches Verbrechen heraus. Die Hauptbeteiligten Becker und Steinert hatten im Grundstücke der Schweinemästerei von Bär in Coschütz Unterschlupf gefunden. Schweinemäster Bär war in jener Sonntagnacht als Gast nach Niedergorbitz gegangen; er hatte auch eine andere Familie mitgenommen, die aber keine Kenntnis von dem geplanten Verbrechen hatte, während Bär eingeweiht war, was dort vor sich gehen sollte. Als Becker und Steinert eindrang, war Bär der erste, der sofort, scheinbar ganz erschrocken, alles über sich ergehen ließ. Dadurch ließen sich wiederum auch die anderen anwesenden Gäste sowie der Wirt nebst Frau und Tochter verblüffen. — Was die Verhaftung selbst anbelangt, so waren daran die Gendarmeriebeamten von Gorbitz, Dölschen, Gittersee, Posthappel und Hainsberg beteiligt. Sie wurden ferner noch durch einen Sipomann der Coschützer Wache unterstützt. Der geflüchtete Verbrecher war Becker, der dann mit Unterstützung einschüchter Arbeiter festgenommen werden konnte. Fest steht, daß Becker und Steinert wiederholt in der Tschecho-Slowakei Aufenthalte genommen und von dort aus beobachtet haben, ob sie verfolgt werden. Weite Bevölkerungskreise empfinden diese rasche Aufklärung des Niedergorbitzer Raubüberfalles und damit zusammenhängend die Erledigung anderer schwerer Verbrechen mit großer Genugtuung und Befriedigung. Ueber die Persönlichkeiten der Hauptbeteiligten wird noch mitgeteilt, daß die Eltern des Steinert eine Gärtnerei im Plauenschen Grunde betreiben, während die Eltern des Becker den Hausmannsposten in einem Diakonats übernommen haben, und daß beide Eltern gut beleumundet sind. Becker war nach seiner Entlassung im Vereinsbause als stellvertretender Direktor, wo er übrigens dann an einem großen Silberdiebstahl beteiligt war, politisch zu den Kommunisten geschwankt. Er bezeichnete sich als deren Parteiredner; als solcher wurde er auch in den amtlichen Fahndungsblättern fleckbrieflich gesucht.

**Hirschsprung.** In der Nacht vom 22.—23. Juli ist am Wettingplatz (Forstgarten) im Altenberger Staatsforstrevier die auf einem großen Stein befindliche Bronzeplakette des König Albert abgedrückt und gestohlen worden.

**Dresden.** Durch Verfügung des Reichswehrministeriums wurde das halbe dritte Bataillon des Infanterieregiments Nr. 10 von Freiberg nach Dresden und darauf das erste Bataillon des Infanterieregiments Nr. 11 von Frankenberg nach Freiberg verlegt. Die Garnison Frankenberg ist aufgehoben worden.

**Dresden.** Wie verlautet, wird demnächst der Präsident des Sächsischen Oberlandesgerichts Dr. Größmann vorgerückten Alters wegen von seinem Posten zurücktreten. Als Nachfolger wird in unterrichteten Kreisen der bisherige Ministerialdirektor im Sächsischen Justizministerium Geheimrat Dr. Mansfeld genannt.

**Mittelsdorf bei Freiberg.** Der Bewirtschafter eines hiesigen Gutes, Eichler, der erst vorige Woche verabschiedet wieder aus der Irrenanstalt entlassen wurde, hat in einem neuen Anfall von Irnsinn sein zwei Jahre altes Kind und sich selber erschossen.

**Mittelsdorf.** Von den städtischen Kollegien wurde der Gaspreis von 6,80 M. auf 8 M., der Wasserpreis von 2,50 M. auf 5 M. und der Preis für elektrischen Strom von 7,50 M. auf 15 M. Strom für Kraft- und Heizzwecke kostet künftig 11 M. Durch die neuen Kohlenpreise usw. entsteht dem Elektrizitätswerk ein Mehraufwand von 4,6 Millionen Mark. Es wurde erklärt, daß die städtischen Werke keine Betriebsmittel zur Verfügung haben und schließen müßten, wenn die Preis-erhöhung nicht beschloffen werde.

**Leipzig.** Als am Dienstag früh eine Anzahl württembergischer Turner durch die südlichen Straßen in der Richtung nach dem Hauptbahnhof marschierten, trat ein Mann, der sich später als der angeblische Drogist Hans v. Grabow legitimierte, an die Turner heran und rief ihnen zu: „Ich will mich mit Euch verdrücken!“ Da die Turner nicht auf ihn achteten, zog er plötzlich einen Revolver und gab drei Schüsse auf die Turner ab, durch die beinahe einige Personen verletzt worden wären. Der Mann wurde alsbald überwältigt und nach der Wache gebracht. Seine Persönlichkeit steht noch

nicht einwandfrei fest. Auch ist der Zweck seines Verhaltens noch nicht geklärt. Der Täter war angetrunken.

**Schirgiswalde.** Der neue Haushaltsplan der Stadtgemeinde schließt bei 1 487 880 M. Ausgaben und 1 374 761 M. Einnahmen mit einem Fehlbetrag von 113 125 M. ab. Im Stadtgemeinderat wurde mitgeteilt, daß ein kurzfristiges Darlehen von 500 000 M. genehmigt und ein langfristiges von 3 000 000 M. zur Vollendung angefangener Bauten in Aussicht gestellt worden ist.

**Schirgiswalde.** Durch einen Unfall sein Leben eingebüßt hat der hiesige Einwohner Ignaz Löbmann. Beim Kirchenspielen brach seine Synthese der Leiter, und er stürzte herunter. Wahrscheinlich zog der Bedauernswerte sich auch innere Verletzungen zu, denen der 83jährige Greis erlegen ist. Löbmann war auch über unser Städtchen hinaus in Jägerkreisen unter dem Namen „Ignaz“ allgemein bekannt und beliebt.

**Lugau.** Im Massenquartier des ehemaligen Gefangenenlagers starb ein aus Oesterreich gebürtiger Steinarbeiter an Alkoholvergiftung. Der 22jährige lebte von den übrigen Arbeitskameraden zurückgezogen, um seine verwitwete Mutter möglichst viel unterstützen zu können. Das scheint die andere, meist Rheinländer, gereizt zu haben, den bei Zechgelagen Abseitsstehenden einmal gehörig betrunken zu machen. Sie sollen ihren Voratz auch dann weiter ausgeführt haben, als ihr Opfer schon bewußtlos gelegen, so daß der Tod schließlich eintrat. Die Angelegenheit wurde daher den Gerichten übergeben.

**Callenberg bei Hohenstein-Ernstthal.** Einbrecher erbeuteten in der Strumpffabrik von Robert Uhlmann Seide, Treibriemen usw. im Werte von 120 000 M. Der Beschädigte hat auf die Wiederherbeischaffung 10 000 M. Belohnung ausgesetzt.

**Waldenburg.** Vermutlich durch freigelegten Kalk geriet ein Niederlagsgebäude der Firma Gebrüder Schardt in Brand. Dem Besitzer ist ein Millionenschaden entstanden.

**Johanngeorgenstadt.** In später Nachtstunde wurde hier auf den Wirt der Bürgerstänke, A. Häcker, ein Raubüberfall ausgeführt. Drei fremde Personen, dem Aussehen nach Touristen, kehrten abends in dem genannten Lokal ein, und als später alle einheimischen Gäste nach Hause waren, sprang einer dieser drei Männer auf, zog einen Revolver und forderte sofort vom Wirt einen Betrag von 50 000 M. Der Wirt gab ihnen nur 5000 M. Daraufhin fiel ein Schuß und der Wirt mußte schwerverletzt nach Zwickau ins Kreis-krankenhaus gebracht werden. Die drei Verbrecher sind geflohen und in der Dunkelheit entkommen.

**Baunzen.** Dieser Tage konnte man hier einen Transport von etwa 100 ausgefuchten schönen Pferden durch die Stadt nach dem Bahnhof bringen sehen. Dieser Pferdetransport war Wiedergutmachungsmaterial an die Entente, das der Bezirk zu stellen hatte. — Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß in diesem Ablieferungsstadium, das eine Reparationsfrage ohne Ende darstellt, eine der schwerwiegendsten Ursachen unserer zunehmenden Verarmung liegt.

**Cunewalde.** Nach einer Verordnung des Ministeriums ist der Gemeinderat von Cunewalde aufzulösen und binnen drei Monaten neu zu wählen, da der bestehende Konflikt zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Gemeindevertretern ein für die Gemeinde erprießliches Zusammenarbeiten unmöglich mache.

## Die Abrüstung Europas.

Mit der allgemeinen Abrüstung Europas, die Herr Wilson aus Amerika dem geplagten Europa als das schönste Geschenk versprach, nachdem Amerika Gaben an Europa vorwiegend in Granaten, Schrapnell und ähnlichen Dingen, die nicht gerade viel mit Abrüstung zu tun haben, bestanden hatten, ist es nicht viel geworden. Die Abrüstung hat eigentlich nur darin bestanden, daß man den besiegten Ländern selbst diejenigen Heeresbestände weggenommen hat, die sie zur Aufrechterhaltung ihrer inneren Ordnung brauchen, während bei den Siegern die Rüstungen mit Hochdruck betrieben werden und insbesondere das von jenen militärische Frankreich eine militärische Macht und ein militärisches Schauprägen entfaltet, das nicht seinesgleichen in der Geschichte hat. Es dürfte nicht uninteressant sein, sich einmal an der nächstern Zahl zu vergegenwärtigen, wie denn eigentlich in den einzelnen europäischen Ländern abgerüstet worden ist.

In geradezu klassischer, knapper und einleuchtender Weise hat das der ehemalige italienische Ministerpräsident Francesco Saverio Nitti in seinem ausgezeichneten Buche „Das friedlose Europa“ getan. Nach Nittis Schilderung hatte Deutschland im Jahre 1913 nach dem Etat, der dem Reichstag vorgelegt wurde, eine Heeresstärke von 647 000 Soldaten aller



Waffengattungen, 105 000 Unteroffiziere, 30 000 Offiziere. Es war das größte Heer Europas, das größte Heer der Welt, wenn man seine tatsächliche Schlagfertigkeit ins Auge faßt.

Während nun Deutschland kein Heer mehr besitzt hatte Frankreich am 1. Juli 1921 810 000 Mann unter den Waffen, darunter 33 473 Offiziere, also weit mehr als Deutschland vor dem Kriege. Bei seiner Bevölkerungsgröße bedeutet das den größten militärischen Aufwand, den man überhaupt in der Neuzeit gesehen hat. Es kann nur zu zweierlei führen: zu Militärdiktatur oder zum Ruin.

Oesterreich-Ungarn besaß 1913 einen Gesamtbestand von 34 000 Offizieren und 390 149 Mann die Staaten, die sich aus seinen Trümmern bilden haben jetzt beträchtlich mehr. Während Deutschland nur tatsächlich nur über 21 700 Mann verfügt und Ungarn nur 35 000 Mann besitzt, unterhält die Tschechoslowakei 150 000 Mann, darunter 10 000 Offiziere, und Jugoslawien etwa 120 000 Mann mit 8000 bis 10 000 Offizieren. Das dritte Mitglied der „kleinen Entente“ hat 160 000 Mann unter Waffen, außerdem 30 000 Gendarmen und 16 000 Grenzschützer.

Frankreichs zwei Verbündete aber, Belgien und Polen — Belgien, das seine Neutralität aufgeben hat, Polen mit seiner ständigen Unordnung, seiner unverändert herausfordernden Miene gegenüber dem Ausland und der wachsenden Anarchie im Innern —, diesen beiden stehen ihrerseits Heere zu Verfügung, die vor dem Kriege nur von einer Großmacht erster Ordnung unterhalten worden wären. Belgien hat seine Friedensstärke verdoppelt, so daß es jetzt über 113 500 Mann verfügt; wahrlich ein ungeheures Heer für eine Bevölkerung, die an Zahl kaum einer einzelnen Stadt wie Newyork oder London erreicht.

Polen, dessen wirtschaftliche Zustände einfach katastrophal sind, und von dem man wohl sagen kann daß es kein Geld und keinen Kredit mehr besitzt hat dafür als Ausgleich nicht weniger als 430 000 Mann unter Waffen. Sein Vertrag mit Frankreich legt ihm militärische Verpflichtungen in einem Umfang auf, daß man es nicht auf als ein Land bezeichnen kann, welches nach beiden Seiten steht.

Großbritannien und Italien sind die einzigen Länder, die in großem Maße demobilisiert sind, Großbritannien in weitaus stärkerem Maße. Man berechnet die englische Heeresstärke auf 201 000 Mann, darunter 15 030 Offiziere. Nicht mit einberechnet sind dagegen in jener Ziffer 75 896 Mann, die nach Indien detachiert sind, und das Fliegerpersonal.

In Italien waren am 31. Juli 1921 351 076 Soldaten und 18 138 Offiziere unter Waffen: im ganzen 369 214 Mann, wovon aber 56 529 Karabinieri sind, deren Funktionen sich fast ausschließlich auf Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung beschränken.

So sieht die „Abrüstung Europas“ aus. Auf der einen Seite völlige Wehrlosmachung der unterlegenen Mittelstaaten, andererseits unaufhörliche, bis ins Unerträgliche gesteigerte Rüstungen der in Waffen stehenden „Siegerstaaten“, die unter der Last der ungeheuren Rüstungsausgaben vielfach schon zusammenzubrechen drohen. Welche Furcht muß doch unser Hunderttausend-Mann-Heer den Franzosen und ihren Verbündeten einflößen, daß sie sich nicht zur Einschränkung ihrer Rüstungsausgaben, geschweige denn zur Abrüstung entschließen können!

### Bayern soll nachgeben.

Eine Mahnung des Reichs an Bayern.

Als Ergebnis der mehrtägigen Kabinetts-Beratungen über die bayerische Frage veröffentlicht die Reichsregierung eine amtliche Kundgebung, die in maßvollem Tone, aber doch in ernster, nachdrücklicher Sprache die verfassungsmäßige Unhaltbarkeit des Standpunktes der bayerischen Regierung bezüglich der Handhabung des Gesetzes zum Schutze der Republik darlegt und nachweist, wie die bayerische Auffassung zur Auflösung der Reichseinheit führen würde. Die Kundgebung der Reichsregierung schließt mit dem Ausdruck der Erwartung, daß die bayerische Regierung sich der Erfüllung jener Forderungen nicht entziehen werde, die die Reichsregierung im Interesse der Reichseinheit an sie richten wird.

#### „Verfassungswidrig und ungültig.“

In der amtlichen Kundgebung der Reichsregierung wird zunächst betont, daß die bayerische Regierung durch die Weigerung, das Reichsgesetz zum Schutze der Republik innerhalb des rechtsrheinischen bayerischen Staatsgebietes durchzuführen, und durch den Erlaß einer landesrechtlichen Verordnung, die das Reichsgesetz ersehen soll, einen folgenschweren Schritt getan habe. Zum ersten Male seit der Gründung des Reichs sei damit der Zustand eingetreten, daß eine Landesregierung einem verfassungsmäßig zustande gekommenen Reichsgesetz für ihr Gebiet die Geltung verweigere. Weiter heißt es dann in der Kundgebung:

„Nach der einstimmigen Auffassung der Reichsregierung ist die Verordnung der bayerischen Regierung verfassungswidrig und ungültig. Kein Satz der Reichsverfassung gibt einem Lande das Recht, das Inkrafttreten eines Reichsgesetzes deshalb zu verhindern, weil es bei einem Teil der Bevölkerung auf Widerstand stößt. Würde man den Ländern diese Befugnis zusprechen, so würde dies das Ende der deutschen Reichseinheit bedeuten.“

Die Reichsregierung weist dann nachdrücklich den Vorwurf zurück, daß das Gesetz zum Schutze der Republik die in der Verfassung begründeten Grundsätze wahrer Demokratie verletze und den Tendenzen zur Errichtung einer Klassenherrschaft und eines sozialistischen Einheitsstaates entgegenkomme. Das Gesetz ist vielmehr sowohl im Reichsrat wie im Reichstag mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen worden.

Zum Schluß führt die Reichsregierung in ihrer Erklärung aus:

„Es ist nicht angingig, daß ein einzelnes Land sich dem verfassungsmäßig erklärten Wehrheitswillen des deutschen Volkes entzieht. Unser schwer geprüftes Vaterland, das schon erst heftigste innere Erschütterungen zu überwinden begann, ist durch den Schritt der bayerischen Regierung neuen Wirren und Gefahren ausgesetzt: die Reichsregierung bedauert dies umso mehr, als die außenpolitische Lage des Reiches gerade gegenwärtig ein einmütiges Zusammenstehen von Reich und Ländern zur Pflicht macht.“

Aufgabe der Reichsregierung ist es, die Reichseinheit wiederherzustellen. Die bayerische Regierung hat durch den Mund ihres Ministerpräsidenten ein klares und festes Bekenntnis zum Reich und zur verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform abgelegt. Sie hat mit besonderer Betonung alle Belange, die in dem von ihr getroffenen Maßnahmen eine Wende von der allseitig fest eingehaltenen Reichstreue erblicken wollen, als völlig schlagend bezeichnet. Auf Grund dieses Bekenntnisses erwartet die Reichsregierung, daß die bayerische Regierung sich den Forderungen nicht entziehen wird, welche die Reichsregierung im Interesse der Einheit des Reiches zu stellen genötigt sein wird.“

Diese Erklärung, wie die ganze Haltung der Reichsregierung überhaupt, beweist, daß die Reichsleitung bei aller ruhigen Entschlossenheit, die Interessen und das Recht des Reiches zu wahren, es nicht an dem ehrlichen Willen mangelt, einen offenen Konflikt mit Bayern zu verhüten und jede persönliche Schärfe zu vermeiden. Im Interesse des ganzen Reiches wäre es zu begrüßen, wenn auch die bayerische Regierung es nicht an der nötigen Bereitschaft zur Besänftigung fehlen lassen und die Reichsregierung der Notwendigkeit entheben würde, von den ihr durch die Verfassung gewährten Mitteln Gebrauch zu machen um einem verfassungsmäßig zustande gekommenen Gesetz in Bayern dieselbe Geltung zu verschaffen, wie in allen deutschen Bundesstaaten.

#### Ein Vermittlungsversuch des Reichspräsidenten.

Am Donnerstag vormittag sollte das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammenzutreten, um die endgültigen Beschlüsse zu fassen, auf die in der Regierungserklärung bereits andeutungsweise hingewiesen worden war. Im letzten Augenblick wurden die Beratungen abgebrochen, da der Reichspräsident durch anderweitige Besprechungen in Anspruch genommen war. Ein neuer Termin ist bisher noch nicht bestimmt worden. Allem Anschein nach hat der Reichspräsident einen Vermittlungsversuch unternommen, der dahin geht, daß die bayerische Regierung ersucht wird, ihre eigene Verordnung zurückzuziehen. Eine Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichstagspräsidenten Löbe hat in diesem Punkte wichtige Vorarbeit geleistet.

Es ist zu hoffen, daß nun eine wesentliche Entspannung der Lage eintritt. Eine Zusammenberufung des Reichstags, wie sie von der sozialistischen Partei und der äußersten Rechten gewünscht zu werden scheint, dürfte kaum noch in Frage kommen.

### Der Fall Leoprechting.

#### Politische Ueberwachung Bayerns.

Wie erinnerlich, hat das Volksgericht in München vor kurzem den Hochverräter Freiherrn von Leoprechting wegen bezahlter Spionage für den französischen Geheimdienst bei der bayerischen Regierung zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Im Laufe der Verhandlungen wurde festgestellt, daß Leoprechting nicht nur mit dem Ausland verkehrt hat, sondern daß er auch in Beziehungen mit dem Reichsgeheimdienst in München, Grafen Joch, und der Reichspressstelle in Berlin gestanden hat.

Infolge dieser Enthüllungen wurde die bayerische Regierung im Landtag darüber interpelliert, ob tatsächlich eine politische Ueberwachung Bayerns stattgefunden habe.

In seiner Antwort auf die Interpellation teilt Ministerpräsident Graf Lerchenfeld aus der Urteilsbegründung mit, daß das Volksgericht einstimmig die Ueberzeugung gewonnen hätte, daß es Leoprechting in weitgehendem Maße gelungen war, in Berlin die Vertrauen einzelner Beamter und Richterstatler zu gewinnen. Das Gericht habe festgestellt, daß Leoprechting von Reichsstellen, mit denen er in Beziehungen getreten war, Nachrichten erhalten hat, deren Kenntnis für Frankreich von Bedeutung waren. In einem Falle liege der Nachweis dafür vor, daß Leoprechting eine Denkschrift über Oberschlesien als Ball an Frankreich weitergegeben habe.

Graf Lerchenfeld erklärte ferner, das Volksgericht habe zum Ausdruck gebracht, daß der Reichskanzler und die Spitzen anderer Berliner Behörden sich mit der Person Leoprechtings überhaupt nicht befaßt haben habe aber auf Grund des Prozeßverlaufs keinen Zweifel darüber gelassen, daß einflußreiche Beamte der Reichspressstelle und des Preussischen Staatskommissariats für öffentliche Ordnung sich Leoprechtings bedient haben, um geheime Nachrichten über die politischen Verhältnisse in Bayern zu erhalten. Ein solches Verfahren laufe im Ergebnis auf eine politische Ueberwachung Bayerns hinaus. Derartige Zustände wären im Interesse Bayerns und des Reiches auf tiefste zu beklagen und mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die bayerische Regierung habe deshalb energische Schritte bei der Reichs- und der preussischen Regierung eingeleitet.

Ueber die Auswirkungen des Treibens Leoprechtings sagte Graf Lerchenfeld noch, es lägen keinerlei Anhaltspunkte dafür vor, ob und inwiefern die Reichsregierung sich mit den im hohem Grade unzuverlässigen Berichten Leoprechtings befaßt habe und sich etwa bei der Gestaltung ihres Verhältnisses zu Bayern habe beeinflussen lassen. Fest stehe leider, daß die Berichte Leoprechtings trotz ihrer Unwahrscheinlichkeit

und Ungeheuerlichkeit da und dort Glauben gefunden hätten. Es dürfe nicht mehr vorkommen, daß Berliner Stellen sich hinter dem Rücken der bayerischen Regierung von bezahlten oder unbezahlten Agenten geheime politische Nachrichten aus Bayern abmitteln lassen, Bayern also gewissermaßen wie Ausland behandeln.

Weiter teilte der Ministerpräsident mit, daß eine offizielle Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Schreiben der bayerischen Staatsregierung auf eine Abberufung des Reichsgeheimdienstes in München Grafen Joch noch nicht erfolgt sei.

### Politische Rundschau.

Berlin, 28. Juli 1922.

— Als Sitz des Reichsverwaltungsgerichtshofes ist nunmehr endgültig Stuttgart bestimmt worden.

— In Koblenz erklärte der französische General Deputte, die Propaganda im Rheinlande müsse noch weiter ausgebaut werden, um bei einer Abkündigung mit einem französischen Rechtstitel (1) auf das Gebiet auszuweiten zu können.

— Der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis ist von seiner Ostasienreise zurückgekehrt.

— Die Meldung von der bevorstehenden Ernennung des früheren Außenministers Graf Brockdorff-Rangau zum Botschafter in Moskau wird von ausländischer Seite als unzutreffend erklärt.

— Die Zeitung des durch den Rücktritt des demokratischen Ministers Hamm freigebliebenen bayerischen Handelsministerium hat bis auf weiteres der Ministerpräsident Graf Lerchenfeld übernommen.

— Das bayerische Ministerium des Innern hat den „Miesbacher Anzeiger“ auf einen Tag verboten.

— Der Oberpräsident von Niederschlesien verbot den „Sprottauer Anzeiger“ auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik für vier Tage, weil er die Verfolgung des Wörder Rathenau als „Hölle“ bezeichnet hatte.

— Die „Emder Zeitung“ wurde vom Oberpräsidenten in Hannover auf Grund eines Artikels „Verungen — Wirungen“ bis einschließlich 8. August verboten.

— In der Berliner russischen Botschaft fand zum ersten Male seit Kriegsbeginn ein politischer Empfangsabend statt, zu dem der russische Volkskommissar des Auswärtigen Etschischerin geladen hatte. Unter den Gästen befand sich auch Reichskanzler Dr. Wirth und zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps.

— Südamerika gegen Versailles. Anlässlich seiner Besuchs in Hamburg gewährte Dr. Maquiar, der Staatspräsident von Argentinien, einem Mitarbeiter des „Hamburger Abendblattes“ eine Unterredung, in der er betonte, daß ein Frieden ohne Wirtschaftsgleichheit ein Un Ding sei, und daß der größte Fehler des Versailler Vertrages darin bestehe, daß er den Handel der Siegerstaaten zerstört ohne den Kredit der Besiegten wieder aufzurichten. Das Schicksal der Welt liege in den Händen Amerikas, und die Vereinigten Staaten werden früher oder später zur Liquidation des Versailler Vertrages schreiten müssen.

— Das Reichspensionsamt. Als neues Reichsamt ist ein „Reichspensionsamt für die ehemalige Wehrmacht“ an Stelle der Pensionsabteilung des ehemaligen Heeres und der ehemaligen Marine im Reichsministerium des Innern geschaffen worden. Es tritt an die Stelle der obersten Militärverwaltungsbehörde und ist dem Reichsminister des Innern nachgeordnet. Das Reichspensionsamt und die ihm unterstellten Abteilungen bearbeiten sämtliche Pensionsfragen der ehemaligen aktiven Offiziere des Heeres und der Marine und der ehemaligen Militärbeamten sowie der Hinterbliebenen dieser Personen.

— Bewilligung der Befoldungserhöhungen. Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages, der während der Vertagung des Reichstags gewisse Regierungsbefugnisse ausübt, hat den neuen Befoldungserhöhungen zugestimmt, die für Juli insgesamt etwa 24 v. D., für August etwa 34 v. D. betragen. Entsprechend wurden auch die Bezüge des Reichspräsidenten erhöht, und zwar auf einen Jahresbetrag von 1,4 Millionen für Juni, 1,6 für Juli und 1,8 für August. Der „Wirtschaftsrath der deutschen Studentenschaft“ wurde ein unterjähriges Darlehen von 15 Millionen als Betriebskapital zur Erhaltung und zum Ausbau der Studentenspeisungseinrichtungen, sowie ein Beitrag von 30 Millionen für die „Darlehnskasse der Deutschen Studentenschaft“ zur Verfügung gestellt.

— Der Rathenau-Prozess vor dem Staatsgerichtshof. Die Hauptverhandlung gegen alle an der Ermordung des Ministers Rathenau beteiligten Personen wird vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig stattfinden. Ein Termin ist noch nicht festgesetzt worden. Die Untersuchung des Verbrechens wird immer noch von der Berliner politischen Polizei geführt. Mehrere Verhaftungen sind in den letzten Tagen erfolgt unter der Anschuldigung, daß die selbigen Personen den beiden Verbrechern auf der Flucht Hilfe und Beistand geleistet haben. Es befindet sich unter diesen festgenommenen auch ein Kapitän Wolgast-Dietrich aus Halle, der verdächtig ist, den Verbrechern kurz vor ihrem Aufenthalt auf Burg Saaleck behilflich gewesen zu sein.

— Genehmigung eines Zeppelinbaues. In Abwechslung von den und durch die Entente auferlegten Beschränkungen hat der Botschafterrat auf Grund eines Ersuchens der amerikanischen Regierung den Bau eines für Amerika bestimmten Luftschiffes genehmigt. Die Reichsregierung hat darauf eine Verordnung erlassen, durch die die Luftschiffbau Zeppelin G. m. b. H. in Friedrichshafen am Bodensee ermächtigt wird, ein starrs Luftschiff von 70 000 Raummeter Gasrauminhalt zu bauen und zu Probeflügen in Deutschland verkehren zu lassen. Es handelt sich um ein Schiff von 200 Meter Länge, 28 Meter größten Durchmesser, 82 Tonnen Gesamtantrieb und 41 Tonnen Nutzlast, dem 5 Motoren von je 400 Pferdestärken eine Geschwindigkeit von 125 Kilometer erteilen sollen. Die Bauzeit ist auf 1 1/2 Jahr berechnet.

— Das polnische Parlament hat ein von der Rechten gegen den Staatschef Pilsudski beantragtes Misstrauensvotum mit 205 gegen 187 Stimmen abgelehnt.



Im ungarischen Parlament erschien eine Abordnung der „Erwachenden Ungarn“ und forderte vom Ministerpräsidenten die sofortige Entlassung des Bandenführers Bajas.

Die französischen Industrieverbände haben bei der Pariser Regierung gegen die Sachlieferungsverfahren Protest erhoben. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um die Zollfrage.

Wonomi legte nach dem Scheitern seiner Bemühungen seinen Antrag zur italienischen Kartellbildung nieder. Von Giolitti wird jetzt die Auflösung der Kammer verlangt.

Bei der Ertragswahl in Northhild in England wurde er Arbeiterkandidat mit einer Mehrheit von 4000 Stimmen gegen den koalitionsliberalen Kandidaten gewählt.

Die Untersuchung über die durch einen verbrecherischen Inschlag verursachte Entgleisung des Schnellzuges Corberio bei Madrid hat ergeben, daß der Angriff das Werk spanischer Anarchisten ist.

Der Nationalrat von Cypern sprach sich einmütig für eine Vereinigung mit Griechenland aus.

Die Vereinigten Staaten haben die Einfuhr von kochsalzigen Getränken auch für medizinische Zwecke verboten.

**Ungarn: Aufhebung des Ausnahmezustandes.**

Die ungarische Regierung veröffentlichte eine Verordnung, durch welche die außerordentlichen Maßnahmen, die ihr angesichts der außerordentlichen Verhältnisse während des Krieges bis ein Jahr nach Friedensschluß übertragen worden sind, erlöschen. Die Verfügungen, die sich auf diese außerordentlichen Maßnahmen gründen, treten mit einigen Ausnahmen außer Kraft.

**Frankreich: Die französische Presse zum Konflikt mit Bayern.**

Der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern wird in Frankreich mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Der „Temps“ sagt, wie es möglich sei, daß Bayern mit ungefähr 7 1/2 Millionen Einwohnern periodisch den übrigen Teil des Reiches mit ungefähr 55 Millionen Einwohnern herausfordere. Das sei ein Widerspruch, dem gegenüber Frankreich nicht gleichgültig bleiben könne. Die ungarische Regierung habe sich offen gegen die deutsche Regierung aufgelegt. Wenn die Reichsregierung sich etwas weniger damit beschäftigen, gegen Frankreich zu kämpfen und ein wenig mehr damit, ihren öffentlichen Dienst zu reinigen, dann würde sie nicht die Demütigung haben, vom „Schäufelkönig“ in München eine Niederlage beigebracht zu erhalten.

**Italien: Blutige Kämpfe zwischen Faschisten und Kommunisten.**

In Ravenna fanden blutige Straßenkämpfe zwischen Faschisten und den Kommunisten, Republikanern und Sozialisten statt. Die zahlreichen Todesopfer forderten. Durch drei Bomben wurden mehrere Personen verletzt. Ein Faschist wurde zu Tode geprügelt. Die Polizei war machtlos. Es wurden sieben tote und sieben Verletzte gezählt. Auch in 2001 fanden Kämpfe statt. Dort überfielen die Kommunisten einen Faschisten, worauf diese die Arbeitskammer in Brand steckten. In Rimini wurden 2 Kommunisten, ein Anarchist und eine Frau getötet. In Monello haben die Kommunisten den Faschistensekretär getötet. Als Vergeltung dafür ermordeten die Faschisten den kommunistischen Gemeindevorstand in Campo. In diesen Orten fanden ebenfalls blutige Kämpfe statt.

**Bereinigte Staaten: Die Maßnahmen gegen den Kohlenstreik.**

Die amerikanische Bundesregierung hat zur Abwehr der schwersten wirtschaftlichen Folgen des sich ständig ausbreitenden Eisenbahnstreiks die bundesamtliche Verwaltung der Bahnen angeordnet. In verschiedenen Branchen versucht man, die Arbeit wieder aufzunehmen. Zum Schutze der Arbeitsschlichter wurden Truppen in die betreffenden Bergwerke geschickt. Die Streikenden versuchten, die Kohlearbeiter für sich zu gewinnen, um die Ausschüttung der englischen Kohle zu verhindern. Präsident Harding hat eine Kommission eingesetzt, die mit diktatorischer Vollmacht die Verteilung der noch vorhandenen Kohlenvorräte vornehmen soll.

**Einberufung des Reichstages?**

Berlin, 27. Juli. Der Vorkommensausschuß des Reichstages wird erst in der nächsten Woche einberufen. Präsident Lobe hat sich zu einer Hinausschiebung des Einberufungstages entschlossen auf Grund einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten Ebert und dem Reichskanzler, um die von der Reichsregierung eingeleitete Vermittlungaktion nicht zu stören. Der Unabhängige Dittmann wurde erachtet, seinen im Uebervachungsausschuß gestellten Antrag auf Einberufung des Reichstages wegen des Konflikts mit Bayern so lange zurückzustellen, bis man die Lage übersehen kann.

**Reichstag und Garantieforderungen.**

Berlin, 27. Juli. Den deutschnationalen Abgeordneten verlegt, der einen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages gestellt hatte, damit dem Reichstage Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu dem Memorandum der Garantieforderung gegeben werde, hat Präsident Lobe davon in Kenntnis gesetzt, daß dieser Antrag in der in der nächsten Woche stattfindenden Sitzung des Vorkommensausschusses behandelt werden wird.

**Die nordbayerischen Bürgermeister bei Graf Lerchenfeld.**

München, 27. Juli. Bei einem Empfang nordbayerischer Bürgermeister durch den Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld erklärte der Wortführer der Abordnung, infolge der herrschenden Unklarheit über die Absichten der Regierung und der Regierungsparteien sei in den nordbayerischen Städten eine tiefgehende Erregung entstanden. Er wies auf die Gerüchte hin, die über Lösungsabsichten dort verbreitet waren. Auf Grund der neuen Tatsachen erachtete der Wortführer jedoch eine Klärung insofern als gegeben, als die Besorgnisse über die Absicht einer Lösung vom Reich jeder Grundlage entbehren.

**Neue Anleiheverhandlungen im September.**

Paris, 27. Juli. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ hat der bekannte amerikanische Bankier Morgan auf eine offizielle französische Anfrage aus London geantwortet, er sei bereit, Anfang September einer neuen Sitzung des Bankier-Komitees beizuwohnen. Die französische Regierung, so heißt es in der „Chicago Tribune“, hofft, daß aus der

Unterhaltung mit London die Grundlagen für neue Anleihebesprechungen hervorgehen können.

**Wiesenbrand im Hamburger Freihafen.**

Hamburg, 27. Juli. Ein im Freihafen angebrochenes Großfeuer griff dort mit rasender Schnelle um sich und vernichtete Rohstoffe im Werte von mehreren Millionen Mark. Sechs Bligen der Feuerwehr und zwei Feuerlöschboote gelang es, die benachbarten Speicher zu schützen, so daß die Gefahr eines weiteren Umfluges des Brandes beseitigt werden konnte.

**England will seine Schulden an Amerika zurückzahlen.**

London, 27. Juli. Auf einem zu Ehren des britischen Botschafters in Washington, Sir Auckland Geddes, veranstalteten Festmahl hielt der Lordkanzler, Lord Birkenhead, eine Rede, in der er betonte, Großbritannien werde seine Ehre daran setzen, die ihm von den Vereinigten Staaten geliehenen Gelder zurückzahlen.

**Die Londoner Zusammenkunft erst in vier Wochen?**

Paris, 27. Juli. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ erklärte man in offiziellen englischen Kreisen, daß die Konferenz zwischen Poincaré und Lloyd George weit mehr hinausgeschoben werden könnte, als man zuerst angenommen habe. Man spreche von Anfang September als dem wahrscheinlichsten Zeitpunkt des Zusammentretts der Konferenz. Es sei sehr leicht, Deutschland ein zeitliches Moratorium für die unmittelbaren Zahlungen zu bewilligen.

### Bereine und Versammlungen.

□ Eine „Entente“ der Polizei. Die Polizeipräsidenten und Direktoren der Großstädte der ganzen Welt hat der Polizeidirektor von Newyork, Curigbi der kürzlich Deutschland besuchte, zu einer Konferenz am 11. September nach Newyork eingeladen. In seinem Einladungsschreiben bezeichnet er den Zweck der Zusammenkunft die Errichtung einer „Entente“ verbündeter Polizei der ganzen Welt zur erfolgreichen Bekämpfung des internationalen Verbrechertums. Bei der internationalen Bedeutung der Bekämpfung des Verbrechertums wird die persönliche Bekanntschaft aller leitenden Polizeimänner die Wirksamkeit aller polizeilichen Maßnahmen sehr erhöhen. An der Konferenz nehmen allein etwa 700 Polizeidirektoren der Vereinigten Staaten teil.

### Volkswirtschaft.

3 Zunahme der Einfuhr im Juni. Nach der vorläufigen Feststellungen des statistischen Reichsamtes über die Ergebnisse des deutschen Außenhandels im Juni hat im Spezialhandel betragen die Einfuhr 40,3 Millionen Doppelzentner im Werte von 34 Mill. Mark., die Ausfuhr 18,8 Millionen Doppelzentner im Werte von 30,3 Mill. Mark. Gegenüber dem Vormonat hat die Einfuhr um 2,2 Millionen Doppelzentner und 2 Milliarden Mark. zugenommen. Die Ausfuhr weist bei einer Wertsteigerung um 3,1 Milliarden Mark. einen mengenmäßigen Rückgang um 2,1 Millionen Doppelzentner auf. Besonders bemerkenswert ist bei der Einfuhr eine stark Steigerung der Steinkohlen und bei Zucker. Weiter sind in erheblicher vermehrter Maße eingeführt worden Braunkohlen, Koks und Preßkuchen, Baumwolle und Wolllgarne, Bau- und Kuchholz, Papierholz, Zement, Roggen, Kaffee und Rohkaffee. Stark verminderte Einfuhr weisen dagegen auf Weizen, Wolle, Baumwolle, Rohseide, Eisenzeuge, Messing, Schmirgel und Kobbenzin, Oelfrüchte und Samen. Der stark wengemäßige Rückgang der Ausfuhr ist hauptsächlich auf den Rückgang der Steinkohlausfuhr zurückzuführen. Die erhebliche Wertzunahme der Ausfuhr ist vor allem auf das mit der Wertsteigerung verbundene Steigen der Preise zurückzuführen.

3 Berlin, 27. Juli. (W. d. r. s.) In der Börse war das Hauptinteresse auf Auslandswerte gerichtet. Kursveränderungen bildeten die Regel. Auch die Devisen — der Dollar stieg bis 520 — waren stark befestigt. Der Konflikt zwischen Bayern und Reich, die Vertragung der Londoner Konferenz und der deutsche Außenhandel, der nur eine Besserung der Einfuhr, nicht aber der Ausfuhr im Juni brachte, haben zu einer weiteren pessimistischen Beurteilung der deutschen Mark geführt.

3 Der Stand der Mark. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	27. 7.	26. 7.	1914
100 holländische Gulden	2049	19950	167.— M.
100 belgische Franken	4089	4044	80.— "
100 dänische Kronen	11150	11076	112.— "
100 schwedische Kronen	13458	13383	112.— "
100 italienische Lire	2382	2353	80.— "
1 englische Pfund	2307	2292	80.— "
1 Dollar	519	513	4,20 "
100 französische Franken	—	—	80.— "
100 Schweizerische Franken	—	—	80.— "
100 tschechische Kronen	1170	1193	— "

3 Berlin, 27. Juli. (Warenmarkt.) Amtliche Notierungen der Mittagsbörse für je 50 Kilo ab Stationen: Weizen Märkischer 1215—1230. Roggen Märkischer 883 bis 890. Weizenburgischer 880—885. Sommergerste 1100 Wintergerste 1033. Hafer Märkischer 1050—1075. Pommerscher 1040—1060. Wals La Plata prompt 880—890 Weizenmehl (100 Kilo) 3025—3225. Roggenmehl (100 Kilo) 2125—2300. Weizenkeie 725. Roggenkeie 730—735. Hafer und Weizen 2200—2250. Futtererbsen 1550. Klein Erbsen 1200—1300. Futtererbsen, Peluschen und Ackererbsen 1050—1075. Widen 950—1150. Lupinen blau 725—750, gelb 950—1150. Rapskuchen 775—800. Weizen 1150—1200. Trodenkorn 660—680. Vollweizen 700—780. Torfmeisse 460—470. — Neu Brander 700—780. Grobhandelspreise für 50 Kilo ab Station: Weizen 200, Weizenkeie 200, Weizenstroh 181 bis 230, bindabengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 170 bis 210, Roggenlangstroh 205—230, gebündeltes Stroh 170—190, Häfel 260—285, handelsübliches Heu 330 bis 450, gutes Heu 450—500 Mark.

### Die Teuerung.

Die anhaltende, sich immer stärker fühlbar machende Teuerung bei allen Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln ruft gegenwärtig eine harte Erbitte

in werten Bevölkerungskreisen hervor. Insbesondere sind es die steigenden Preise für die Ernährung, die jedermann jeden Tag spürt, die eine starke Boreingenommenheit gegen die landwirtschaftlichen Kreise im Gefolge haben. Die Ursachen der gegenwärtigen Teuerung“ versucht nun eine jüngst vom Reichs-Landbund herausgegebene Flugschrift den Verbraucherkreisen näherzuführen. In ihr weist Dr. Kaufhold, M. d. L., nach, wie der Friedensvertrag von Versailles uns die wertvollsten landwirtschaftlichen Ueberflüsse genommen und damit zu einem sehr erheblichen Rückgang der landwirtschaftlichen Anbaufläche Deutschlands geführt hat. Erschwerend wirkte hierbei mit, daß sich in den dem Deutschen Reich verbliebenen Ländern und Provinzen infolge der Rückwanderung von Vertriebenen, durch Zuwanderung und Aufenthalt von Ausländern die Bevölkerungszahl und damit der Verbrauch und die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen wesentlich vermehrt haben.

Zu der Verminderung der Anbaufläche kommt dann der Rückgang der Erzeugung auf den einzelnen Flächeneinheiten hinzu. Durch die Zwangswirtschaft, die während des Krieges und teilweise bis jetzt noch beim Getreide besteht, die vielfach mit den schärfsten Eingriffen in die landwirtschaftliche Produktion verbunden war, ist die landwirtschaftliche Erzeugung in Deutschland ganz bedeutend zurückgegangen. Auch der Viehstand hat unter den Folgen des Krieges durch das Ausbleiben der ausländischen Kraftfuttermittel schwer gelitten. Alle diese Umstände haben eine steigende Einfuhr von Nahrungs- und Genussmitteln aus dem Auslande notwendig gemacht, die allein in einem Jahre, vom 1. Mai 1921 bis zum 1. Mai 1922 103,5 Milliarden Mark betrug.

Eine weitere Ursache der Teuerung ist dann in dem Rückgang der Arbeitsleistung der Landwirtschaft zu sehen. In allen Ländern und Provinzen ist durch Tarifverträge eine Verkürzung der durchschnittlichen jährlichen Arbeitsstunden herbeigeführt worden. Dieser Mangel bleibt in der Landwirtschaft nicht auf die menschlichen Arbeitskräfte beschränkt, denn, so erklärte kürzlich der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, „die Pferde, Ochsen und Esel haben auch den achtstündigen Arbeitstag, trotzdem sie ihn nicht verlangt haben“. Man hat berechnet, daß die verkürzte Arbeitszeit die Erzeugungskosten um rund 1/3 erhöht hat.

Inwiefern die Verteuerung aller landwirtschaftlichen Betriebsmittel (Kohle, Eisen, Düngemittel) sich in der Teuerung der Lebensmittel auswirkt, würde in diesem Zusammenhange zu weit führen und darf hier als bekannt vorausgesetzt werden.

Die wesentlichste Ursache für die Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände ist aber die zunehmende Entwertung des Geldes, die sich zurzeit im Dollarlande von über 500 Mark je ohne dies auf das Deutlichste ausdrückt. Hierzu verweist Dr. Kaufhold auf eine Reichstags-Erklärung des früheren Reichernährungsministers Dr. Hermes vom 11. November 1921, in der es heißt: „Hierin liegt letzten Endes die Hauptursache für die allgemeine, in den letzten Monaten eingetretene außerordentliche Verteuerung, die nicht eine unmittelbare Folge der freien Wirtschaft, sondern des Sturzes der deutschen Mark, d. h. der fortschreitenden Entwertung des deutschen Geldes, ist.“

### Soziales.

3 Sammlung für die Kriegsgräberfürsorge. Der Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen hat dem „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.“ die Genehmigung zur Durchführung einer Sammlung erteilt. Die Sammlung hat zum Ziele, Mittel aufzubringen, um die Gräbter der deutschen Gefallenen für alle Zeiten in einem würdigen Zustande zu erhalten und zu schmücken, sowie den Angehörigen der Gefallenen in allen Angelegenheiten der Kriegsgräberfürsorge behilflich zu sein.

3 48 stündige Arbeitszeit für Buchbinder. Die 48 stündige Arbeitszeit wurde vom Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industrie in Berlin für die papierverarbeitende Industrie nach einem dreiwöchigen Streik erreicht und im Reichsarbeitsvertrag für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufszweige festgelegt, nachdem ein Schiedsgericht im Reichsarbeitsministerium einen dahingehenden von beiden Parteien angenommenen Schiedsspruch gefällt hat.

### Aus Stadt und Land.

3 Schändung deutscher Denkmäler in Saarbrücken. Die auf den Höhen der Epicherer Berge errichteten Kriegerdenkmäler, die zur Erinnerung an die 1871 gefallenen Deutschen und Franzosen das Schlachtfeld schmücken, sind von frevelhafter Hand schwer beschädigt worden. Es wurden ausschließlich deutsche Denkmäler beschädigt. Sogar von den Einzelgäbern, die vereinzelt auf dem Schlachtfeld liegen, wurden Kreuze herausgerissen oder zerstört.

3 Der Seemannsstreik geht weiter. In einer Versammlung der ausländischen Seemannsvereine in Hamburg wurde, nachdem die Streikleitung über die Zugeständnisse der Reederei Bericht erstattet hatte, beschlossen, den Streik weiterzuführen.

3 Der Bäderzug Berlin-Nordern verunglückt. Bei der Station Scholt sind von dem Badeschnellzug Berlin-Norddeich beide Packwagen entgleist. Es entstand großer Materialschaden. Personen wurden nicht verletzt, da der Zug langsam fuhr.

3 Rechnungslid bei Fortunard. Drei Bergleute wurden durch das Abstürzen eines Förderkorbes an der Rache Dorfsied bei Dortmund getötet. Zwei der Verunglückten waren verheiratet.

3 Verheerendes Hagelunwetter. Das im größten Teile des Sieg-Kreises niedergegangene Hagelunwetter richtete verheerenden Schaden an. Von der Ernte, die als befriedigend bezeichnet worden war, sind bis 50 Prozent und mehr vernichtet, ins-



Besondere haben die **Palmbäume** gelitten. — In Worarlberg richtete eine Hochwasserkatastrophe einen Schaden von 7 Millionen Kronen an.

Der **„ungekrönte König von Böhmen“** enteignet die Tschechoslowakei ist im Begriff, den großen Grundbesitz zu enteignen. Jetzt wurde dem ehemaligen kaiserlichen Schwarzenberg, dem der größte Teil des böhmischen Waldes gehört und der deshalb der „ungekrönte König von Böhmen“ genannt wird, das Enteignungsdekret über die gesamte Herrschaft Wittingau in Südböhmen und die angrenzenden Bezirke zugestellt.

5000 Kronen für ein Zeitungsabonnement. In einer neuen großen Verteuerung der Abonnementspreise haben sich die Wiener Zeitungen entschlossen. Das Monatsabonnement der großen Zeitungen wurde von 3500 Kronen auf 5400 Kronen, die Einzelverkaufspreise der Morgenausgaben auf 200 Kr. erhöht.

Die **Kronen der Arenfamilie** werden jetzt vor der Sowjetregierung verkauft. Der Wert der Kleinmünzen, die bisher im Moskauer Krent aufbewahrt wurden, wird auf 700 Millionen Goldrubel geschätzt.

**Kleine Nachrichten.**

Der Reichswirtschaftsminister Schmidt ist in Kiel zum Besuch des Instituts für Wirtschaft und Seeverkehr eingetroffen. Der Besuch gilt auch Besprechungen über die wirtschaftliche Umstellung der Stadt Kiel.

Nach Untersuchung von zwei Millionen Mark und 50 Dollarnoten ist der Importeur Hans Rowotow aus Vornburg geflüchtet.

**Gedenktafel für den 28. Juli.**

1656 (28.—30. Juli) Sieg der Brandenburger und Schweden über die Polen bei Warschau — 1743 Der Friede zu Berlin beendet den 1. Schlesiens Krieg — 1750 † Der Komponist Johann Sebastian Bach in Weiditz (\* 1685) — 1804 † Der Philosoph Ludwig Feuerbach in Landshut (\* 1774) — 1842 † Der Dichter Clemens Brentano in Wuppertal (\* 1778) — 1914 Österreich erklärt Serbien den Krieg.

**Gedenktafel für den 29. Juli.**

1588 Seeflug der Engländer über die spanische Armada bei Calais — 1695 † Der Dichter Simon Dach in Remel (\* 1659) — 1847 † Der Maler Max Liebermann in Berlin — 1856 † Der Komponist Robert Schumann in Endenich (\* 1810) — 1862 † Der Geograph und Meteorolog Eduard Brückner in Jena — 1878 Österreichische Truppen rücken in Bosnien ein.

**Letzte Nachrichten**

**Ein Reparationskandal.**

Paris, 27. Juli. Ueber einen unerhörten Skandal in den besetzten Gebieten weiß heute der „Matin“ in einer Depesche aus Laon zu berichten. Ein Kaufmann, dessen Name nicht genannt wird, hatte im Jahre 1913 für 250 000 Francs eine Zuckerraffinerie sowie andere industrielle Unternehmungen gekauft. Einzelne der Gebäude waren während des Krieges beschädigt worden. Hierfür wurden ihm im ganzen 12 952 697,44 Francs zuerkannt. Allerdings hatte das Bureau für die industrielle Wiederherstellung später gefordert, daß der Mann die ihm zugesprochene Schadenersatzsumme um 10% vermindere. Dennoch blieb natürlich ein Schadenersatz von über 10 Millionen für einen Wert von 250 000 Francs ungeheuerlich. Der Mann verstand es aber auch, sich zahlreiche Vorschüsse, die sich auf viele Millionen beliefen, auszujahlen zu lassen. Der Skandal wurde endlich so stark, daß der Präfekt des Aisne-Departements im Namen des Staates dem Gericht von Laon eine Klage überreichte, über die gegenwärtig eine Untersuchung stattfindet.

**Ein feines Stadtoberhaupt.**

Halle, 28. Juli. Der zweite Bürgermeister von Aschersleben Dr. Guertel wurde von der Strafkammer in Halberstadt wegen passiver Bestechung zu 20 000 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte versucht, unter Drohungen sich bei der thüringischen Gasgesellschaft einen Direktorenposten zu sichern.

**30 Millionen Mark Mehrausgaben.**

Berlin, den 28. 7. 22. Das vom Reichstag auf Initiativeantrag beschlossene Gesetz über die Erhöhung der Tagelöhner der Abgeordneten wurde genehmigt. Danach erhöht sich die Summe von 5000 auf 10 000 M. monatlich, im Jahre also von 60 000 auf 120 000 M. Die Aufwandsentschädigung des Reichspräsidenten wurde von 60 000 auf 140 000 M. erhöht. Dadurch wird eine Mehrausgabe von insgesamt 30 Millionen Mark erforderlich, die der Reichsrat genehmigte.

**Entente-Protest gegen die Beamtenehaltserhöhungen.** Der ministerielle „Martin“ befaßt sich mit den deutschen Beamtenehaltserhöhungen und schreibt: Solange Deutschland dieses unverantwortliche System fortsetzt, über seine völlige Armut der Entente Klagen über Klagen zuzustellen, die Gehälter und Löhne aber allmonatlich zu erhöhen, hat es keinen Grund, von einer Zahlungsunfähigkeit zu sprechen. Wenn nichts da ist, kann nichts bezahlt werden, auch an die deutsche Beamtenschaft nicht. Dieser Widerspruch zwischen Wort und Tat verwehrt es Frankreich, ein Moratorium ohne vollständige Sicherheiten und Pfänder zu bewilligen.

**6 Milliarden 200 Millionen neue Ersparnisse.**

Berlin, den 28. 7. 22. Die Vorschläge zur Ausprägung von Ersparnissen in Nennbeträgen von 1, 3 und 5 Mark wurden vom Reichsrat gutgeheißen. Die Münzen sollen aus einer Legierung von Aluminium mit einem Prozent Kupfer

bestehen. Zur Ausprägung sollen gelangen für 400 Mill. M. Einmarkstücke, für 600 Mill. M. Dreimarkstücke und für 800 Mill. M. Fünfmückstücke. (Es wird also mehrere Jahre dauern, ehe diese Summe ausgeprägt sein wird.)

**Kirchen-Nachrichten.**

Sonntag den 30. Juli. — VII. nach Trinitatis — Text: 1. Petri 2, 5—10. Lied: 199.  
Dippoldiswalde. Vorm. 8 Uhr: Beichte und heiliges Abendmahl in der Sakristei. Pfarrerr Wöden. Vorm. 9 Uhr: Predigtgottesdienst. Pfarrerr Wöden. Nachm. 2 Uhr: Unterredung mit den Jünglingen. Pfarrerr Wöden. Ephorie: Kirchenvisitation in Hengersdorf. Wärenburg. 5 Uhr Predigtgottesdienst in der Kapelle. — Beginn der Coagulation.  
Hengersdorf. 9 Uhr Visitationgottesdienst. — 11 Uhr Hauskindervereinigung bei Heymann. — 8 Uhr Familienabend der Gesamtgemeinde im Saalhofe zu Hengersdorf.  
Alpsdorf. 10 Uhr Predigtgottesdienst. Pfarrerr Friedrich.  
Kreisch. 8 Uhr Beichte und Feiern des heiligen Abendmahls. — 9 Uhr Predigtgottesdienst. — 3 Uhr Taufgottesdienst.  
Pöffenberg. 1/29 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier. Pfarrerr Rabler. — 9 Uhr Predigtgottesdienst. Derzeibe. — 1/211 Uhr Kindergottesdienst. Pfarrerr Rabler.  
Reichstädt. 1/29 Uhr Predigtgottesdienst.  
Ruppertsdorf. 1/29 Uhr Predigtgottesdienst. — 10 Uhr Kindergottesdienst.

Schönbach. 9 Uhr Predigtgottesdienst. — 1/23 Uhr Taufgottesdienst.  
Schönbach. 9 Uhr Predigtgottesdienst. — Beginn der Coagulation.  
Villa Kirche Schönbach. 3 Uhr Visitationgottesdienst. — 4 Uhr Hauskindervereinigung im Erbgericht.  
Schmiedeberg. 1/29 Uhr Predigtgottesdienst. — 2 Uhr Taufgottesdienst. Pfarrerr Friedrich.

**Katholischer Gottesdienst.**

Wärenburg. 1/210 Uhr Gottesdienst in der katholischen Kapelle.  
Vapflingengemeinde Schmiedeberg. (Villa Ida.) Jeden Sonntag 1/2 Uhr Gottesdienst. 10/2 Uhr Sonntagsschule. 4/2 Uhr Gottesdienst. — Jeden Donnerstag 7/2 Uhr Bibelstunde.

**Wettervorhersage.**

30. Juli: Wolken, Sonne, schwaches Gewitter, Regen, kühl, windig.  
31. Juli: Sonne, Wolken, warm.  
1. August: Sonne, teils Wolken, warm.  
2. August: Vielwolke, teils Wolken, warm, schwaches Gewitter.  
3. August: Wolken, vielwolke, Regen, Gewitter, warm.  
4. August: Veränderlich, warm.  
5. August: Wenig verändert.

Schlachthofmarkt Dresden. Auftrieb 5 Bullen, 522 Kalber, 22 Schafe, 40 Schweine. Rinder, Schafe: Montagspreise. Schweine nicht notiert. Kalber: 300—4300. Tendenz: Kalber langsam.

**Ein Wirtschaftsgeschille** (welcher mit Pferden umgeben verkehrt) wird für sofort oder später gekauft. Zu erfahren in der Geschäftsstelle.

**Futterkartoffeln** hat abzugeben **Vorwerk Hirschbach.**

Gebräuchl. **Getreide-(Mühl-) Mähmaschine** zu verkaufen **Borlas Nr. 2.**

**Frischen Srelachs neues Sauerkraut** empfiehl billigt **Johannes Semmann, Ad. Grabis Nachf.**

**Fräulein oder Witwe** ohne Bek. in 40 Jahren, welche Lust und Liebe zur Landwirtschaft hat, auch tüchtig im Haushalt und Wirtschaftlich ist, wird gef. Off. u. „S. B.“ an die Geschäftsstelle.

**Gasthof „Frankenmühle“ Ulberndorf.**

Sonntag nachmittags 3 Uhr **Vogelschießen** mit anschließender Ballmusik. Hierzu ladet ergebenst ein **Guido Espig.**

**Gasthof Berreuth.** Neu renoviert! Sonntag den 30. Juli **starkbesetzte Ballmusik** wozu freundlichst einladet **Ernst Peschel.**

**Breistwertes Angebot!** Kernseife, 2 Mehl . . . . . 65.— M. Kernseife, Doppelmehl . . . . . 11.— M. Seifenpulver, 20% Fettgehalt, mit Seifenkugeln . . . . . 15.— M. Eisenbahnzife . . . . . 6.— M.

**Toiletteseifen:** Eibischwurzelseife (Moujon) . . . . . 10.— M. Mandelmilchseife (Moujon) . . . . . 12.— M. Blumenseife . . . . . 6.— M.

**Gertrud Hach, Markt 28.** **Großer Posten Bringmaschinen** zu günstigen Preisen sowie **Zaschenlampen, Batterien und Akkupid** empfiehl **Herrn Voigt, Dippoldiswalde, Gerberplatz 218, Telefon : 21.**

**4 Stück ostrieische Zuchtschafe** zum Teil gedeckt, stehen zum Verkauf. **Weidegut Hengersdorf.**

**Tüchtige Dreher** möglichst aus der landwirtschaftlichen Maschinenbranche sucht **Maschinenfabrik Dippoldiswalde.** Erich Böhme.

Unsere Geschäftsstelle wird **Sonnabends um 5 Uhr** geschlossen.

Wir bitten ganz besonders die **Zeitungen** bloß zu dieser Zeit abzuholen. **Geschäftsstelle der „Weißeritz-Zeitung“**

**Sammlung Farben, Lacke etc.**  
Lacke Firnisse  
**Hermann Lommatzsch Droge ie zum Elefanten Dippoldiswalde**

**ff. Hammelfleisch** empfiehl **Albert Küfner.**  
**Vertreter gesucht** gegen hohen Verdienst für einen absolut sicher wirkenden Trockenfeuerlöcher, Fackelmittel nicht erforderlich. Offerten unter „D. E. 2454“ an Rudolf Woffe, Dresden.  
Wissensarten: **E. Jehne**

**Zum Schützenfest Gasthof Schmiedeberg**  
Sonnabend abend im Schützengelt  
**große Bierprobe**  
Sonntag und Montag **großer Fest-Ball**  
Hierzu ladet freundlichst ein **W. v. v. Schenk.**

**Spar- u. Schießklub „Gut Ziel“ Raundorf**  
Sonnabend den 29. Juli findet unser **Sommerachtsball** im Gasthof Raundorf statt. Gäste, durch Mitglieder eingeladen, herzlich willkommen. **Der Vorstand.**

**Pensionshaus oder Hotel** in Höhenkurort zu kaufen gesucht. Anzahlung in jeder Höhe vorhanden. **W. Angebote an H. Hähnel, Glauchau, Charlottenstr. 18, 1.**

Zurückgekehrt vom Grabe meiner Lieben, mit unvergleichlich liebenden Gatten, unter unerföhlich treuer sorgenden Mutter, Tochter und Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin  
**Frau Gutsbesitzer**  
**Ida Bertha Ruffani** geb. Wehmel  
drängt es uns, allen, welche uns in den letzten Stunden der Verstorbenen mit Rat, Tat und Trost, reichen Worten hilfreich zur Seite standen, so wie für den zahlreichen Blumenbesuch und sonstige Beistandleistungen durch Wort, Schrift und Gedächtnis von nah und fern herzlich zu danken. Besond. Dank den Lieben Frauen von Niederhauendorf für die gestellte Trauermusik und Palmenzweig und den Lieben Trägern für das bereitwillige Tragen. Sowie Dank Herrn Kantor Schubert für die Gesänge auf dem Friedhof und in der Kirche, desgleichen für die tröstlichen Worte des Herrn Pfarrerr Ludwig.  
Dies; alles hat unsern wunden Herzen wohlgetan. Da aber, Du teure, liebe Gattin und Mutter, die Du doch viel zu früh von uns gegangen bist, rufen wir ein „Ruhe sanft!“ und „Gute Nacht!“ für all die große Liebe, die Du uns erwiesen, in Deine stille Gruft nach.  
Auf Wiedersehen in jener besseren Welt!  
Es ist bestimmt in Gottes Rat, daß man vom Lebten was man hat, muß nehmen.  
**Ernst Ruffani und Kinder.**  
Niederhauendorf, am Begräbnistage.

**Achtung! Landwirte!**  
Zesse Freitag den 28. Juli und Sonnabend den 29. Juli 1922  
im Bahnhof in Dippoldiswalde ein  
und alle Maße, neu und gebrauchte, Wagenplanen, Sommerbetten in allen Farben, Pferde-Regerdecken, wollene gelbe Pferdebeden, Zatterdecken, Erste-Eckzigen aus Egelstein in Originalrücken aus. Habe Interessenten zur Bestellung ein.  
Versand erfolgt sofort ab Lager Pirna.  
**Arthur Lehmann, Pirna,**  
Langstraße 26, 1.



## Die Gesellschaft mit unbeschränkter Haftung.

Von Dr. Gerhard Grober-Kiel.

Als vor Kriegzeiten und auch noch während des Krieges Gesellschaften gegründet worden sind, die einen wirtschaftlichen Charakter trugen, z. B. landwirtschaftliche Bezugsvereinigungen, nahmen sie, um eine Deckung zu finden, die Gesellschaftsform mit unbeschränkter Haftung an. Diese Form verlangt eine Haftung jedes einzelnen Mitgliedes, z. B. Genossenchafters unbeschränkt. Entstand also ein Fehlbetrag, durch unglückliche Aktionen, durch die Gesellschaft, so war jedes Mitglied verpflichtet, in unbeschränkter Höhe einen Beitrag in geldlicher Art zur Deckung der entstandenen Unkosten zu leisten. Diese Gesellschaftsform ist eine gefährliche; war vielleicht in den Zeiten, als wir eine stabile Geldwährung hatten, gerechtfertigt, obwohl das Risikomoment auch zu damaligen Zeiten ein gewaltiges war. Niemand wird heute einer Gesellschaft beitreten, bei der er mit seinem ganzen Vermögen haftet. Insbesondere trägt die heutige Geldwertverfallung und der nicht stabile Valutastand ganz besonders dazu bei, diese Gesellschaftsform zu vermeiden. Ich habe Gelegenheit gehabt, einen Fall zu bearbeiten, in dem eine Gesellschaft mit unbeschränkter Haftung durch unglückliche Spekulationen ihres Geschäftsführers einen in die Millionen gehenden Schaden erlitten hat. Wenn in diesem Falle nicht noch auf juristischem Wege ein Ausweg gefunden werden kann, um die unbeschränkte Haftung von jedem einzelnen Genossenschaftler abzuwenden, so wird durch die Haftung, die jeder Gesellschafter nun leisten muß, mancher Landwirt um Haus und Hof kommen. Ich habe die Beobachtung gemacht, daß noch verschiedene landwirtschaftliche Bezugsvereinigungen Gesellschaften mit unbeschränkter Haftung sind. Das heutige Wirtschaftsleben verträgt eine derartige Gesellschaftsform, wie oben angegeben ist, nicht, deshalb müssen unbedingt derartige Genossenschaften eine Umwandlung erfahren in eine Gesellschaft mit nur beschränkter Haftung, d. h. in einer solchen Gesellschaft haftet der einzelne Gesellschafter nur bis zu einem bestimmten Betrage, der von vornherein bei der Gesellschaftsgründung oder bei der Umwandlung einer Gesellschaft festgesetzt ist. Die Landwirtschaft muß, ehe es zu spät ist, sich sichern und der Reichs-Landbund hofft, daß die gefährliche Gesellschaftsform mit unbeschränkter Haftung möglichst bald verschwindet.

## Deutschlands Seeschiffsverkehr.

Starke Zunahme des Schiffsverkehrs in den deutschen Häfen. — Die Vormachtstellung Hamburgs und Bremens. — Regere Bautätigkeit auf den Werften.

„... und neues Leben blüht aus den Ruinen.“ Dieses Wort kann mit Recht auf den wiedererwachenden deutschen Schiffsverkehr angewandt werden, der die Periode erzwungenen Stillstandes und feindlicher Verschlagung glücklich überwunden hat. In allen deutschen Häfen an Ost- und Nordsee regt sich wieder mächtig der deutsche Seemannsgeist, und von Monat zu Monat wird der Schiffsverkehr reger. Allein im verfloffenen April belief sich die Zahl der ankommenden Schiffe auf 2502 gegen nur 2307 Schiffe im März. In noch größerem Maßstabe hat im Verhältnis zur Schiffszahl der Laderaum zugenommen, der ziemlich 2 Millionen Netto-Reg.-Tonnen erreicht. Den einlaufenden Schiffen entsprechend hat sich auch die Zahl der abgegangenen Schiffe erhöht.

Den Löwenanteil daran haben die beiden großen Nordseehäfen Hamburg und Bremen, die für den starken Verkehr nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika ausschließlich in Betracht kommen. Hamburg ist es gelungen, sich an die Spitze des Schiffsverkehrs Europas zu setzen und sogar die beiden Welthäfen Antwerpen und Rotterdam zu überflügeln. Hamburg hatte in den ersten vier Monaten 1922 einen Verkehr von 3031 Schiffen, Antwerpen von 2581 und Rotterdam von 2493 Schiffen. Allein 3 672 169 To. wurden im Hamburger Welthafen geladet und verladen, über 1 Million Tonnen mehr als im Vorjahre. Der Schiffsverkehr auf der Ostsee ist dagegen gering. Hier sind es besonders die für den dänischen Verkehr wichtigen Häfen Flensburg, Kiel und Lübeck, für Schweden Stettin und Warnemünde und für die Oststaaten das alte Königsberg. So hat Flensburg eine monatliche Verkehrsziffer von 522 Schiffen, Stettin von 498 Schiffen aufzuweisen.

Der Anteil der deutschen Flagge in den ausländischen Seehäfen ist immer noch gering. Relativ zum Steigen der fremden Flaggenzahl ist der deutsche Anteil neuerdings wieder gesunken. Die beispiellose Entwicklung der amerikanischen Handelsmarine, die sie an die zweite Stelle der Weltflotte gestellt hat, wirkt auch auf die deutschen Häfen stark konkurrierend. Trotz alledem macht sich in den deutschen Werften wieder eine regere Bautätigkeit bemerkbar, die dem Verkehr monatlich neue Schiffe übergeben.

## Storbut-Gefahr in Deutschland.

Billige Pflanzen-Nahrungsmittel? Das Reichsgesundheitsamt hat wegen des häufigen Auftretens des Storbut in Deutschland einen Kreis von Sachverständigen zusammengerufen, um sich mit ihnen über die gegen diese bedrohliche Erscheinung zu treffenden Maßnahmen zu beraten. Der Storbut (oder Scharbot) ist bekanntlich eine Ernährungskrankheit, die mit großer Schwäche, Müdigkeit, Anschwellen und Bluten des Zahnfleisches, Lockern der Zähne, Blutungen an vielen Stellen der Haut und anderen Krankheitserscheinungen beginnt. In ernstesten Fällen führt die Krankheit zum Tode.

Bedroht ist von dem Storbut besonders derjenige, in dessen Kost frische pflanzliche Nahrungsmittel auf die Dauer fehlen. Der Storbut wird am besten verhütet durch den Genuß von frischen Blattgemüsen, von Kohlrarten, Lauch, Mohrrüben, Karotten, Rüben im allgemeinen, Zwiebeln, Wildgemüsen, ferner von Salaten, Radieschen und Obst. Kartoffeln enthalten Abwehrstoffe gegen den Storbut, aber nur in geringer Menge; trotzdem bieten sie guten Schutz, wenn sie regelmäßig und in den üblichen größeren Mengen genossen werden.

Die beim Gesundheitsamt versammelten Sachverständigen haben jetzt Vorschläge für eine reichliche Versorgung der Bevölkerung mit billigen pflanzlichen Nahrungsmitteln vorgelegt werden. Es kommt jedoch nicht selten vor, daß eine ganze Reihe von Storbutfällen, bei solchen Leuten, denen genügend Mittel zur Beschaffung von Lebensmitteln zur Verfügung stehen, auf Unkenntnis oder auf Gleichgültigkeit zurückzuführen ist; die Frage einer geeigneten Zusammensetzung der täglichen Mahlzeiten wird leider häufig sehr vernachlässigt.

## Soziales.

Die neuen Reichsarbeiterlöhne. Im Reichsministerium wurden für 24 Jahre alte Handwerker und Arbeiter in Reichsdiensten folgende Stundenlöhne für den Monat Juli festgesetzt: In Lohngruppe I 28.—, in II 27.20, in III 26.40, in IV 25.70, in V 25.10, in VI 24.70, in VII 24.40 und in VIII (Frauen) 18.05 Mark. Für August betragen die Löhne: In Lohngruppe I 30.60, in II 29.70, in III 28.80, in IV 28.—, in V 27.30, in VI 26.90, in VII 26.60 und in VIII 19.55 M. Die Spannung zwischen den Dreiklassen beträgt 70 Pfennig. Der Lohn verringert sich also von A nach B um 70 Pf., von B nach C um 1,40 M.



VON C NACH D MIT 2.10 M. UND VON D NACH E MIT 2.80 MARK.

**Neuer Reichstarif für die Wasserstraßenarbeiter.**  
Im Reichsverkehrsministerium wurde der neue Reichslohnstarifvertrag für die Arbeiter der Reichswasserstraßenverwaltung abgeschlossen. Dieser Lohnstarifvertrag gilt für alle Arbeiter der Reichswasserstraßenverwaltung; nur für die Arbeiter in den Betrieben der staatlichen Schleppämter Duisburg-Stuhrort und Hannover besteht ein besonderer Lohnstarifvertrag. Durch besondere Vereinbarung ist der Reichslohnstarifvertrag auch auf die Arbeiter der preussischen Wasserbauverwaltung erstreckt worden.

## Aus Stadt und Land.

In diesem Jahre waren in München von Januar bis Juli 35 000 Ausländer mehr als in der gleichen Zeit im Vorjahre. Jetzt kommen täglich 1200 bis 1400 gegen 800 bis 1000 im Vorjahre an.

Von dem Bahnschaffner Reidl wurde in Würzburg der Gelfestranke Kaufmann Kasuscha aus Oberschlesien, der den Schaffner sorgfältig bedrohte, auf dem Wege nach der Postkammer erstochen.

In einem Munitionsdépôt in Sorla (Spanien) explodierte eine Patrone und verursachte dadurch eine Feuerbrunst im Depot. Drei Personen wurden getötet, 18 schwer und viele leicht verletzt. Acht Häuser wurden zerstört.

## Das Geheimnis von Dubshinka.

Kriminalroman von Erich Spenka.

(13. Fortsetzung.)

Lindemann begriff nicht, was das bedeuten sollte, aber es brachte ihn um den letzten Rest seiner guten Laune. „Zimmerarrest auch noch!“ dachte er ärgerlich. „Und nicht einmal einen Menschen, mit dem man sich aussprechen kann!“ Dann setzte er sich an das Fenster, rauchte eine Zigarre nach der andern und starrte hinaus in den rasch dunkler werdenden Abend, bis an Stelle des grauen Dämmerlichts helles Mondlicht und schwarze Schlagschatten traten und die Piazza immer menschenleerer wurde.

Pötzlich aber fuhr er wie von einem elektrischen Draht berührt empor, riß die Augen auf und warf die Zigarre hastig von sich. Drüben, im hellen Lichtkreis der Bogenlampe, die den Eingang am Hotel erleuchtete, war eine schlank, dunkelgekleidete Mädchengestalt aufgetaucht, blickte einen Augenblick unsicher nach der gegenüberliegenden Häuserreihe und plitt dann scheinbar nach rechts, wo eine Ecke der mond hellen Piazza wie mit dem Himmel abgeschnitten in tiefem Schatten lag.

„Ich lasse mich hängen, wenn das nicht Helene ist!“ rief Lindemann, fiebernd vor Erregung. Im nächsten Augenblick hatte er Hut und Mantel an sich gerissen und jagte die Treppe hinab.

An Hempels Verbot dachte er gar nicht. Uebrigens hätte in diesem Moment ihn keine Macht der Welt zurückgehalten. Er mußte wissen, ob es wirklich Helene Dixon war, und was sie zu dieser Stunde da unten wollte.

Es war tatsächlich Helene.

„Gottlob, daß ich Sie treffe, Herr Lindemann. Ich zerbrach mir eben den Kopf, wie ich es anstellen sollte, Sie zu verständigen — aber es ist ja kein Mensch zu sehen weit und breit, den ich zu Ihnen hätte hinausschicken können.“

„Sie sind also meinetwegen hergekommen? Sie haben mir etwas zu sagen?“

„Ja. Wir reisen nämlich noch diese Nacht oder morgen früh von hier ab. Graf Koschwiniski ist angekommen.“

„Ah — wann?“

„Schon am Nachmittag. Die Gräfin hatte offenbar keine Ahnung, denn sie war sehr erschrocken. Der Graf selbst schien außerordentlich erschöpft von der Reise — ich glaube, er ist direkt vom Sanatorium weg und ohne Unterbrechung gefahren — denn er sprach kaum ein Wort und starrte nur immer so vor sich hin, daß mir schon ganz unheimlich wurde.“

„Wie benahm sich denn die Gräfin dabei?“

„Sie blickte ihn zuweilen ängstlich und wie fragend an, aber ich merkte, daß sie das vor mir verbergen wollte. Ihr Versuch, mich aus dem Zimmer zu entfernen, mißlang, denn der Graf gab es nicht zu. So zog ich mich mit der kleinen Mary in einen Fensterwinkel zurück, wo wir leise plauderten, während die Gräfin ihrem Manne Gesellschaft leistete, so lange er aß. Er hatte sich nämlich gleich nach der Ankunft ein Diner in den Salon bestellt.“

„Wie war er gegen das Kind?“

„Wie immer — kurz, kühl, ich möchte fast sagen verlegen. Ich glaube, er ist ein Mann, der mit Kindern überhaupt nichts anfangen kann.“

„Sprachen die beiden denn nicht über die Auffindung der Leiche hier, die Miss Harriet Morgan so auffällig gleich?“

„Soviel ich hören konnte, nicht. Sie sprachen ja fast überhaupt nichts und saßen sich stumm und fast gegenüber, wie fremde Leute, ganz anders als damals in Dubshinka, wo sie so verliebt taten, als seien sie erst ganz kurze Zeit verheiratet. Einmal hörte ich wohl, wie die Gräfin zögernd begann:

„Du wirst gehört haben von dem, was hier —“ Aber da unterbrach er sie schroff: „Später können wir darüber reden. Ich bin noch zu angegriffen von der Reise. Auch muß vor allem anderes getan werden. Bitte, klingele dem Portier und gib Auftrag, daß man dir die Rechnung zustellt.“

„Reisen wir denn ab?“ fragte die Gräfin betroffen.

„Ja“, antwortete er kurz. „Ich mag nicht hier bleiben in dem schmuggigen Nest. Auch hat man keine rechte Behaglichkeit in solch einem Hotel.“

Lindemann schüttelte ärgerlich den Kopf.

„Also wieder fort? Diese Leute haben ja nirgends Raft und Ruhe! Wohin geht es denn diesmal?“

„Ich weiß es nicht. Der Graf sagte es nicht, und auch die Gräfin befahl mir nur, Puttchens und seine Sachen zu packen, da wir wahrscheinlich sehr bald abreisen würden. Als ich fragte, wohin, antwortete sie nur, indem sie mich vom Kopf bis zum

Fuß fixierte: „Müssen Sie das unbedingt jetzt gleich wissen, Fräulein? Wollen Sie es vielleicht vor jemandem mitteilen?“ Worauf ich natürlich schweigend — denn ich hatte ja wirklich die Absicht gehabt — ich sollte —“ Sie verstummte verlegen und senkte den Kopf, wohl damit Lindemann die Röte ihrer Wangen nicht sehen sollte.

Auch Lindemanns Gesicht war rot geworden, aber vor Zorn.

„Ah, das ist wirklich stark! So behandelt man Sie? In diesem Ton wagt diese Frau zu Ihnen zu sprechen? Was fällt ihr denn ein? Das verbitte ich mir! Sie werden mir gestatten, daß ich gleich morgen zu ihr gehe und ihr sage —“

Helene legte erschrocken die Hand auf seinen Arm. „Um Gotteswillen, nur keine Unbesonnenheit! Wie sähe das denn aus? Und dann müßte ich ja gleich dort und das arme Puttchen wäre ganz allein.“

„Na, erlauben Sie — schließlich sind Sie doch nicht dazu auf Erden, daß Sie sich einem fremden Kinde opfern!“

„Aber es braucht mich doch so notwendig!“

„Anderer Leute brauchen Sie auch!“ Lindemann zeugte sich plötzlich dicht zu Helene und flüsterte:

„Ich wollte ja noch schweigen und Ihnen Zeit lassen, mich gründlich kennen zu lernen. Aber wie die Dinge nun liegen, kann ich nicht länger warten, denn man will Sie mir ja abermals entführen und diesmal könnte ich vielleicht nicht erfahren, wohin Sie gegangen sind —“

„Doch, ich werde es Ihnen schreiben, obwohl die Gräfin mich unglückseligerweise vorgestern abend dabei ertappte, als ich an Sie schrieb. Sie war sehr ungehalten darüber. Dies ist wohl auch die Ursache ihres barschen Benehmens heute. Und weil sie mir sicher in den nächsten Tagen sehr aufpassen wird, so wollte ich Ihnen lieber persönlich Nachricht von unserer bevorstehenden Abreise geben —“

„Dies ist sehr lieb von Ihnen, aber was geht es die Gräfin an, ob wir uns schreiben oder nicht?“

„Ich weiß es nicht. Sie ist Ihnen eben böse, weil Sie Schuld an all den Aufregungen tragen, die diese unaufgeklärte Mordgeschichte ihr bereitete. Sie hat mir streng verboten, Ihnen zu schreiben, und ich mußte den bereits geschriebenen Brief vor ihren Augen vernichten —“

„Und das haben Sie getan?“

„Ich mußte wohl! Sie wissen gar nicht, wie herrlich sie sein kann! Es gibt kein Auflehnen gegen ihren Willen. Eben darum tut mir ja das Kind so leid —“

„Und da soll ich Sie ruhig ziehen lassen?“

„Ah, ich bin doch erwachsen und werde mir schon zu helfen wissen. Uebrigens werde ich Ihnen trotz des Verbotes schreiben, so oft es möglich ist, denn mir darüber Vorschriften zu machen, hat die Gräfin wirklich kein Recht. Es wäre ja auch zu traurig, wenn ich gar nichts mehr von Ihnen hören sollte —“

(Fortsetzung folgt.)

2  
SAG  
Bez  
Dem  
Nr.  
Arb  
Befo  
Schrift  
Der  
auf die v  
Vorschrift  
§ 46 erbe  
und 6 so  
I. M  
mächtig st  
1. für  
halt  
a)  
b)  
c)  
d)  
2. für  
min



in den benutzten Werken  
ist bemerkbar, die dem Verkehr monat-  
lich übergeben.

Ortsklassen beträgt 70 Pf., von B nach C um 1,40 Pf.

Erbe und zwei Hufen Acker daselbst zum Altar des heiligen Antonius der Dresdner Kreuzkirche auf einen Wiederkauf veräußert hat. Damit kommt hier Wendischcarsdorf erstmalig in Erwähnung.

1478 beteiligt sich Herzog Albrecht selbst am Bergbau der Umgebung und zwar zu „Sandisdorff (Sadisdorf) zcum heilligen Krewze“. Es wird ihm und seinen Mitgewerken am 13. Mai eine Fundgrube und ein Erbstolln nebst den nächsten Maßen verliehen. Wo es ihnen am bequemsten ist, sollen sie einschlagen und niemand sie hindern, noch zwischen dem Mundloche des Erbstollns und der Fundgrube einschlagen.

Am 5. Juli 1478 haben die Gewerken von dem Heiligen Kreuze zu Sadisdorf anbringen lassen, wie sie eine Zeit lang mit schweren Unkosten gebaut haben, ohne auskömmliche Silberfunde zu machen. Kurfürst Ernst und Herzog Albrecht gewähren auf Bitte Münzfreiheit auf 6 Jahre, von Gold oder Silber ist aber der Zehnte zu geben.

Nach einem Zubußzettel vom Heiligen Kreuz zu Sadisdorf sind beim Quartal am 8. März 1479 2 Gulden Zubuße gezahlt worden, auch von den Landesherren: „mein her von Nissen, mein her Herzog Albrecht, Hans karlewiz“ usw. Herzog Albrecht hat ansehnliche Summen „zur Erhebung des Bergwerks“ gegeben. Palmarum 1479 sind die Gewerken noch dieselben.

Auch zu Dippoldiswalde selbst wird der Bergbau lebhafter. Am 4. Januar 1479 tun Kurfürst Ernst und Herzog Albrecht kund, daß sie Jorgen von Miltiz, ihrem Untermarschall, und seinen Mitgewerken „zcu dem bergwerke bey vnser Stat Dypoldiswalde auff dem Schuelersberge genant“, südlich der Stadt, welches die Gewerken eine Zeit lang gebaut und noch nichts an Erz und Metallen gewonnen haben, „das austräglich wäre“, Münzfreiheit auf 10 Jahre, wie die Münze in dem sächsischen Lande in Gebrauch ist. So sie Gold oder Silber gewinnen, sollen sie den Zehnten geben und es an die Kammer abliefern und den üblichen Preis empfangen.

Von Wichtigkeit ist ein 1479—1480 ins Freiburger Bergurteibuch eingetragener Bescheid, aus welchem zu erkennen ist, daß Dippoldiswalde Freiburger Stadtrecht, zum mindesten Freiburger Erbrecht angenommen hatte und Freiberg als Obergericht betrachtete.

Der herzogliche Voigt Hans Biberach übergibt am 28. Februar 1480 das Amt Dippoldiswalde an den Kammereschreiber Hans von Günterode. Dieser diente als Kammereschreiber 1476—1485.

Dippoldiswalde gehörte 1480 zu den Orten, bei denen der Hafereinkauf für die herzogliche Hofhaltung Albrechts des Beherzten bewirkt wurde. Am 14. Oktober ordnete letzterer Ankäufe daselbst an. Noch in demselben Jahre soll die Stadt an Hans Honzig in Pfandbesitz für einige Jahre gelangt sein.

Christoph Nikel und Albrecht Karis sitzen 1481 zu Reinhardtsgrimma, Jorge Karis zu Maren. Das Geschlecht der Karas oder Karis sind die einstigen Untersassen der Burggrafen von Dohna, jetzt Lehnsleute der Landesherren Ernst und Albrecht.

Die Bergrechnung 1477—1484 meldet die Ablieferung von Freisilber und Kupfer durch Meister Andreas von Sadisdorf.



zurückgehalten. Er mußte wissen, ob es wirklich Helene Biron war, und was sie zu dieser Stunde da unten wollte.

Es war tatsächlich Helene.

„Ich weiß es nicht. Der Graf und auch die Gräfin befohl mir nur keine Sachen zu packen, da wir bald abreisen würden. Als ich frewortete sie nur, indem sie mich vor

Kurfürst Ernst und Herzog Albrecht forderten 1481 eine Türkensteuer, nämlich von tausend einen Gulden, von hundert Gulden zwei Groschen und jedem, der über ein Jahr alt ist, einen Groschen. Wer nicht wissen lassen will, wie sehr er begütert, hat Gelegenheit, durch Einlegung in bereitgestellte Kasten sein Gewissen zu beruhigen.

1481—1485 wird das Bergwerk zum Heiligen Kreuz zu Sadisdorf in Verbindung mit Silberlieferungen in Erwähnung gebracht.

Eine Aufwandsordnung von 1482 wendet sich gegen die Verschwendung in Gastereien, bei Kindtaufen und Hochzeiten, gegen die Kleiderpracht, die hohen Löhne des Gesindes, das Zutrinken von Ganzen und Halben, untersagt die Gemeinbiere außer an hohen Festen, den blauen Montag und setzt Löhne und Kost der Dienenden fest.

1482 findet sich ein Aktenvermerk auf den ehemaligen Besitz der Burggrafen von Dohna bezüglich, nach welchem zwei Teile desselben der Krone Böhmen, ein Teil des Markgrafentums Meissen Lehn gewesen sei, zu welchem letzterem Dippoldiswalde gehört habe.

Die Adeligen der Umgebung von Dippoldiswalde und anderer Orte begannen der Stadt in Brauerei, Schankwirtschaft, Duldung von Handwerkern und Handel Wettbewerb zu machen, wogegen Verbote und Einschränkungen erlassen wurden. Insbesondere sollten die Brauereiberechtigten nicht eher anfangen und länger brauen als die Bürger.

Wilhelm v. Karlewitz zu Kreischa verkauft dem Domkapitel zu Freiberg Obercarsdorf bei Dippoldiswalde am 2. April 1484 mit 52 $\frac{1}{2}$  Scheffeln Getreide-, 24 Groschen Geldzinsen, einem Fischwasser in der Weißeritz, einer freien Wildbahn, 2 Hasen und 4 Rebhühnern Zins von dem Richter, mit niederen und oberen Gerichten und allem Zubehör, wie seine Vorfahren und er dasselbe von den Kuniken erworben und vom Stifte zu Meissen zu Lehen getragen haben. Die Kuniken waren seit 1405 bei Dippoldiswalde sesshaft. — Ernst und Albrecht verleihen Bartel Kölbel mit seinen Gewerken die Zeche und Grube zum Heiligen Kreuz zu Sadisdorf nebst Münzfreiheit, Vergünstigung des freien Erzkaufs auf eine Meile im Umkreis von Sadisdorf zur Beschäftigung ihrer Hütte und befehlen, das Gewonnene an Münze und Kammer abzuliefern und den Zehnten zu geben. Säumigen Zubußzahlern sollen ihre Teile entzogen werden.

Zu Leipzig übertrug Herzog Albrecht am 4. Juli 1484 seinem Bruder Kurfürst Ernst die Regierung auf 10 Jahre, behält sich aber Torgau, Tharandt und Dippoldiswalde mit Abgabennutzung und Jahresrente vor, stellt auch ein Zeugnis aus, daß ihm Dippoldiswalde überlassen worden sei. Der Herzog begann nun am Schlosse der Stadt zu bauen und betrachtete es zeitweise als seine Residenz.

Durch die neuerliche Landestheilung vom 26. August 1485 kam Dippoldiswalde mit der Mark Meissen abermals an Herzog Albrecht.

1486 werden die von den Aemtern bei kriegerischen Verwicklungen zu stellenden Ritterpferde und Knechte aufgezählt. In der Pflege Dippoldiswalde: „Christoff loße (v. Loß) in der Beyerreuthe (Berreuth bei Dippoldiswalde) gefessen dient meinem gnädigen Herrn mit 1 Pferde und 5 Fußknechten“; Slegmund v. Maltitz zu Reichstädt zählt zur Freiburger



Der Graf sagte er mag, äfin befahl mir nur, Buttchens und u paden, da wir wahrscheinlich sehr ürden. Als ich fragte, wohin, ant indem sie mich vom Kopf bis zum

kein Recht. Es wäre ja auch zu traurig, wenn gar nichts mehr von Ihnen hören sollte — —“

(Fortsetzung folgt.)

Pflege; Caspar Theler zu Höckendorf 2 Pferde; Johann von Lupsdorf (Lipsdorf) zu Hirschbach 1 Pferd.

8. Mai 1486 Verkauf von 5 Schock 15 Groschen jährlichen Zinses zu Börnchen, Brösgen, Wendischcarsdorf und Wilmsdorf durch Wilhelm von Karlewitz an das Domkapitel zu Freiberg für 300 Gulden.

Herzog Albrecht zu Sachsen leiht am 30. Oktober 1486 Heinrich und Nicolaus v. Loß die Dörfer Beierreut, Paulsdorf und Seifersdorf, das Burglehn zu Dippoldiswalde und die schon am 15. April 1465 genannten Güter und Zinsen, darunter Zinsen auf dem Vorwerk Bodemchen (Böddichen) bei der Stadt.

Am 9. März 1488 verschreibt Herzog Albrecht und tut Friedrich Großen Amtmann zu Dippoldiswalde und Tharandt zwei Vorwerke zu Dippoldiswalde und Heselicht mit Triften, Weiden, Frohnen und anderen Nutzungen mitsamt dem Fischwasser zu Dippoldiswalde, der Hasenjagd und jährlich 120 Gulden unberechnet ein. Derselbe soll diese Aemter fleißig versorgen, alle Zinsen, Gerichtsgefälle, Zölle, Geleite berechnen, auch alles Gesinde, nämlich Torwärter, Wächter, Schreiber und Knechte, zur Erhaltung des Schlosses Tharandt auf eigene Kosten halten.

Die böhmische Beleihung mit Dippoldiswalde erfolgte für Herzog Albrecht am 26. Dezember 1488.

Die Lehnstreitigkeiten mit Böhmen wurden am 25. April 1489 durch den Vertrag von Eger beseitigt, nach welchem die Herzöge von Sachsen eine große Anzahl Ortschaften, darunter Dippoldiswalde, erblich innehaben, aber vom König von Böhmen zu Lehn fragen sollen. Auch über Dippoldiswalde wurde unter dem 25. April der Lehnbrief ausgefertigt.

1489, am 14. Dezember, erscheint Hans von Gunterode als Amtmann von Dippoldiswalde und am 16. Dezember bekennt derselbe in gleicher Eigenschaft mit des Herzogs Gunst, sein Dorf Clingendorff (Klingenberg) mit Zinsen, Ober und Niedergerichten dem Domkapitel zu Freiberg für 500 Gulden wiederkäuflich überlassen zu haben und gelobt, dasselbe binnen zwei Jahren wieder einzulösen.

Hans Bernfeld, zu Reichenberg geseßen, überläßt Stephan Alnbeck, Bürgern zu Freiberg, wiederkäuflich die Zinsleistungen einiger Bauern und Hans Richters zu Wilsdruff und des Richters zu Dippoldiswalde, welcher letzterer hier erstmalig erwähnt wird. Der Gunstbrief Herzog Georgs ist vom 6. Juli 1490.

Als Voigt oder Amtmann von Dippoldiswalde, bezw. als Verwalter der Vorwerke daselbst und zu Oberhäslich scheint Trehandt von etwa 1492—1494 gewirkt zu haben.

Das Henkeramt versorgte 1493 in Dippoldiswalde der Scharfrichter von Dresden. Er bezog eine Bezahlung von 50 Gulden, wozu andere Städte verschiedene Beiträge, Dippoldiswalde aber 2 Gulden zu zahlen hatte. 18 Gulden trug die herzogliche Kammer. Die Zehrung durfte 6 Groschen den Tag nicht übersteigen. 1495 wurde sein Bezug für die Stadt neu geordnet.

Am 19. März 1493 reiste Agismund von Maltitz, Besitzer von Reichstädt, 1492—1496 Untermarschall und Hofmeister des Herzogs



Albrecht, mit dem Kurfürsten Friedrich zum Heiligen Grabe nach Jerusalem. Miltitz ist der spätere Besitzer der Stadt.

Johann Schrenk, beider Rechte Dr., ein Verwandter der Freiburger Geschlechter Alnbeck und Münzer, empfängt 1494 pfandweise Dippoldiswalde samt Amt auf 9 Jahre. Seine Ehefrau Brigitte leistet mit anderen Verwandten Verzicht auf gewisse Einkünfte zugunsten des Freiburger Jungfrauenklosters.

Vorlas ist im selben Jahre Eigentum des Jorg von Miltitz, der am 23. Januar mit Gunst Herzog Georgs 30 rheinische Gulden Zins auf diesem Dorfe veräußert.

Eine Türkensteuer zur Bekämpfung der Feinde der Christenheit fordert von Bürgern und Bauern auf 1000 Gulden einen, von 500 einen halben Gulden vom Besitz, darunter 14 Pfennige Abgabe.

Dr. Schrenk, der seine Bürgereigenschaft zu Freiberg in Dippoldiswalde nicht aufgegeben hatte, wird am 25. Februar 1495 als Zeuge einer Rechtsache in ersterem Orte erwähnt.

Siegmunds von Miltitz, Hofmarschall und Rat, wird am 26. Januar 1496 bei Beurkundung einer Rechtsache gedacht.

Dr. Schrenk maßte sich für seine Schäferei zu Oberhäsllich das Hutungsrecht auf den Gütern der Bauern an und geriet mit der Gemeinde in Streit, die Widerspruch erhob. Der Rote Thomas bedrohte ihn mit der Armbrust, sollte dafür ins Gefängnis gesetzt werden und flüchtete zum Herzog Georg nach Dresden, um diesem die Bedrückungen zu melden, der ihm einen Brief übergab, nach dessen Lesung Dr. Schrenk wie umgewandelt war und, da gütliche Verhandlungen mit der Gemeinde nicht zum Ziele führten, die Schäferei abzutun sich genötigt sah.

Dippoldiswalde war im Besitze des Salzhandels bezw. des Salzmarktes. Zwischen Anna von Miltitz, Witwe des 1494 erwähnten Jorg von Miltitz, und ihrem Richter zu Vorlas an einem Teile und Rat und Bürgerschaft von Dippoldiswalde andernteils wurde am 14. Juni 1498 ein Vergleich wegen des Salzmarktes geschlossen, nach welchem der Richter das Salz von der Stadt zu beziehen hatte, aber 60 Scheffel frei einführen durfte.

Ein ähnlicher Vergleich zwischen der Stadt und Albrecht dem Älteren, Albrecht und Georg Melchior, Günther und dessen Söhnen Christoph und Georg, Gevettern und Gebrüdern von Caras zu Reinhardtsgrimma kam am 18. Dezember 1498 über die Salzentnahme bei der Stadt zustande.

Auch wegen des Bierbezuges begannen Zwistigkeiten. Am 20. März 1498 entschied Dr. Schrenk auf Dippoldiswalde zwischen „dem ehrsamem und vorsichtigen Rat und Gemeinde zu Dippoldiswalde“ und dem „ehrbaren, festen Christoph von Lohsen zu Berreuth“ wegen des Schenkens zu Seifersdorf, in seinem Dorfanteil. Derselbe darf an jedem Gerichtstage 1 Viertel fremdes Bier und, wenn der Ausschank am Kirmestage auf seiner Dorffseite ist, 1 Faß auswärtiges (Freiberger) Bier verzapfen, hat aber sonst alles Bier von Dippoldiswalde zu entnehmen.